



BUNDES  
**SGK**

Sozialdemokratische Gemeinschaft  
für Kommunalpolitik in der  
Bundesrepublik Deutschland e.V.

## **Soziale Stadt stärken!**

Beschluss der Delegiertenversammlung der Bundes-SGK  
am 7./8. November 2008 in Erfurt

## Soziale Stadt stärken!

*„Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, sozialer Lage und Lebensorientierung zu gestalten, ist die Aufgabe einer sozialen Stadtpolitik. Leitbild unserer Politik ist die solidarische Stadt, die alle Bewohnerinnen und Bewohner zu gestaltender Teilhabe am gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Leben einlädt. ... Ziel sozialdemokratischer Politik ist es, den sozialen Zusammenhalt in Städten und Quartieren zu verbessern.“ (Hamburger Programm der SPD, November 2007)*

Mit den Folgen der Globalisierung der Wirtschaft und den dadurch forcierten wirtschaftlichen Strukturwandel wird ebenso wie durch den demografischen Wandel eine zunehmende soziale Ungleichheit zwischen den Regionen und innerhalb der Regionen spürbar. Einkommens- und Vermögensungleichheiten sind genauso gewachsen wie Bildungsunterschiede, verschärfte räumliche Segregationsprozesse stellen erhöhte Integrationsanforderungen an die unterschiedlichen sozialen und ethnischen Milieus. In vielen Regionen sind soziale Brennpunkte entstanden und es droht dort eine sich verfestigende soziale Spaltung.

Egal in welchem Politikfeld wir über Antworten auf diese Herausforderungen nachdenken, gelangen wir zu der Feststellung, dass wir eine stärkere ressortübergreifende Vernetzung der verschiedenen Aktivitäten in dem betreffenden Sozialraum, dem Stadtteil, dem Quartier, der Siedlung, dem Ortsteil oder dem Dorf benötigen. Die fachliche, räumliche und zeitliche Integration öffentlicher und privater Aktivitäten mit einer stärkeren Einbindung der Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen bürgerschaftlichen Engagements im Stadtteil ist die zentrale Aufgabe einer integrativen Stadtentwicklungspolitik.

Das Bund-Länder Programm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf – die Soziale Stadt“ als Bestandteil der Städtebauförderung geht von dieser Sozialraumorientierung aus. In Stadtteilen und Quartieren werden querschnittsorientiert und ressortübergreifend Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation der Bevölkerung gebündelt, die von baulichen Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes bis zur Schaffung von Beschäftigung auf lokaler Ebene reichen können. Ein besonderes Augenmerk ist auf jene Stadtteile gerichtet, in denen sich soziale Probleme, wie Arbeitslosigkeit, Abhängigkeit von Transferleistungen, eine unterdurchschnittliche Zahl von Bildungsabschlüssen, fehlende Ausbildungsplätze, u.v.a.m. häufen.

Die positiven Erfahrungen in den Programmgebieten der „Sozialen Stadt“ und die dort gewonnenen Erkenntnisse über Möglichkeiten der Aktivierung der Bürgerinnen und Bürger für ihren Stadtteil, der Initiierung von Projekten, der Unterstützung diverser sozialer Aktivitäten, des Ausschöpfens der komplexen Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten von der EU bis zu den Ländern oder der Beschleunigung von sonst nachrangigen Investitionen zeigen auf, das mit relativ wenigen Mitteln viel erreicht werden kann.

Um den komplexen Veränderungen von demografischem und wirtschaftsstrukturellem Wandel zu begegnen, brauchen wir die mit dem Politikansatz der „Sozialen Stadt“ verbundenen Methoden auch für eine über die Programmgebiete hinausreichende ressortübergreifende integrierte soziale Stadtentwicklungspolitik. Eine Ausweitung der sozialraumbezogenen Stadtentwicklung ist aber nicht nur hinsichtlich der Gebietskulisse erforderlich. Sie bezieht sich ebenso auf die Frage der Einbeziehung der einzelnen Fachverwaltungen in die Sozialraumorientierung. Die ressortübergreifende Kooperation lässt sich im günstigen Fall zwar noch bei einzelnen Projekten im Rahmen entsprechender Steuerungsunden bewerkstelligen. Sie findet allerdings dort Grenzen, wo eine grundlegende systematische Änderung in der Aufgabenwahrnehmung eines einzubeziehenden Ressorts und damit ein verändertes Rollenverständnis der entsprechenden Akteure erforderlich werden. So lässt sich zwar z.B. in einem Projekt der „Sozialen Stadt“ die Schule als Kooperationspartner für eine Veranstaltung oder eine auf einen Einzelzweck bezogene Maßnahme für eine befristete Zusammenarbeit gewinnen. Die Schule gewinnt aber aus sich selbst heraus kein neues Selbstverständnis ihrer Rolle für die Quartiersentwicklung.

## **Die notwendige Einbeziehung der sozialräumlichen Stadtentwicklung in die Bildungsreformen**

Der entscheidende Schlüssel für eine Verbesserung der Teilhabe- und Aufstiegschancen liegt in einem verbesserten Zugang zu Bildung und Wissen. Teilhabe am Arbeitsmarkt, in der Zivilgesellschaft und am kulturellen Leben setzen Bildung und Sprachkenntnisse voraus. Es gehört deshalb zu den wesentlichen gesellschaftspolitischen Zukunftsaufgaben, allen Kindern Bildung und Betreuung von Anfang an zu gewährleisten. Die Bildungs- und Betreuungssituation muss nicht nur quantitativ verbessert werden. Sie muss auch qualitativ neuen Anforderungen Stand halten können.

Kindertagesstätten und Schulen müssen im Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit stehen!

Die frühkindliche Erziehung und Bildung sind die wesentliche Voraussetzung für die Schaffung von Chancengleichheit für alle Kinder. Sie legt die Grundlagen für soziales Verhalten und sprachliche Verständigung. Die frühkindliche Erziehung und Bildung muss im Mittelpunkt einer präventiven Kinder- und Jugendhilfepolitik stehen, die nicht erst einschreitet, wenn die Betroffenen zu Fällen geworden sind. Sie hilft nicht nur den Kindern bildungsferner Schichten, sondern ebenso dem sozialen Lernen von Kindern aus allen Haushalten. Neben diesem Ziel steht zudem die Notwendigkeit, für ausreichende Kinderbetreuungskapazitäten zu sorgen, damit jede Frau und jeder Mann die Möglichkeit erhalten, Beruf und Familie miteinander in Einklang zu bringen.

In der Sozialen Stadt sind die Schulen als Ganztagschulen zentrale Orte der sozialen Integration und Schnittstelle der Verknüpfung der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche vom Sportverein bis zur Theatergruppe. Die integrative Wirkung der Schulen zwischen unterschiedlichen sozialen Milieus, zwischen Eltern, Lehrern und Kindern sollte gestärkt werden.

Schulen und Kindertagesstätten sind Bildungs- und Integrationseinrichtungen – insbesondere auch für bildungsferne Schichten und Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Ihnen muss die deutsche Sprache vermittelt werden. Sie benötigen die kulturelle Kompetenz, um sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren und nicht zuletzt die Fähigkeit, erfolgreich weiterführende Bildungseinrichtungen besuchen zu können.

Der Bildungsbegriff entwickelt sich im Kontext der gesellschaftlichen Entwicklung immer stärker zum Begriff des „lebenslangen Lernens“. Die Fortentwicklung der kommunalen bzw. regionalen Bildungslandschaften (wie z.B. Volkshochschulen, Musikschulen, Bibliotheken, Museen) muss ein Schwerpunkt der kommunalen Bildungsarbeit sein.

Schule sollte sich von einem reinen Bildungsort stärker zum Lebensraum junger Menschen entwickeln. Sie muss sich als Kern einer regionalen Bildungslandschaft begreifen. Also muss sie mit der örtlichen Wirtschaft, mit den Kultur- und Sportvereinen, mit der kommunalen Sozial- und Jugendarbeit sowie der kommunalen Weiterbildung vernetzt werden. Auf diese Weise wird Schule ein Kristallisationspunkt für ein Stadtteilbewusstsein und eine lokale Identitätsbildung. Schulen sind Orte, an denen sich gemeinschaftlicher Zusammenhalt und bürgerschaftliches Engagement praktizieren lässt.

Damit Schulen diese Funktion verstärkt übernehmen können, müssen die bestehenden Ansätze der Bildungsreformen in den Ländern deutlich verstärkt werden. Dafür müssen die Rahmenbedingungen für das Personal an den Schulen weiter entwickelt werden. Es werden ergänzende Qualifikationen für die Netzwerkarbeit erforderlich. Und nicht zuletzt müssen wir Sorge dafür tragen, dass der Instandhaltungsrückstau bei Schulen, Kindergärten und Sportstätten schneller als bislang abgebaut wird.

## **Soziale Stadt – Soziale Integration von Zuwanderern**

In einer gelungenen Integration von Zuwanderern liegt die Chance, unsere Gesellschaft zu bereichern. Wir leben in einem Einwanderungsland, das vor dem Hintergrund des demografischen Wandels immer mehr auch auf Zuwanderung aus dem europäischen und internationalen Ausland angewiesen ist.

Die Aufgabe der Integration der bereits in Deutschland lebenden ausländischen Familien und ihrer nachgezogenen Angehörigen wurde allerdings bisher nur unzureichend gelöst. Als besonders gravierend erweist sich in diesem Zusammenhang das unzureichende Erlernen der deutschen Sprache und die damit verbundenen Barrieren. Die hieraus resultierenden Probleme, wie fehlende Schulabschlüsse und Ausbildung, Langzeitarbeitslosigkeit, erhöhte Kriminalitätsraten, Perspektivlosigkeit und fehlende Aufstiegschancen häufen sich in ethnisch segregierten Stadtteilen und Quartieren mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Die Zahl der dauerhaft von Transferleistungen Abhängigen wächst stetig an und droht sich dauerhaft zu verfestigen.

Aber nicht nur zur Vermeidung einer dauerhaften gesellschaftlichen Spaltung und der daraus resultierenden Probleme bedarf es einer querschnittsorientierten Integrationspolitik. Generell erfordert das Leitbild einer Sozialen Stadt in einer offenen Welt ein Bekenntnis zur Internationalität und zum kreativen Umgang mit Vielfalt und Differenz. Dann werden Toleranz und aktive Integration zum Standortvorteil im Wettbewerb um die besten Köpfe. Denn in der älter werdenden Gesellschaft hat die Konkurrenz um die qualifizierten Fachkräfte schon längst begonnen.

Kommunale Integrationspolitik hat viele Ansatzpunkte. Sie reichen von der eminent wichtigen Bedeutung der Kindergärten und Schulen, über die Öffnung der Kultureinrichtungen, die interkulturelle Kulturarbeit, die Integration in den Sportvereinen, die Förderung der ethnischen Ökonomie, die Schaffung kultursensibler Pflege- und Gesundheitsdienstleistungen u.v.a.m. bis hin zur Beschäftigung von Migrantinnen und Migranten in der öffentlichen Verwaltung. Ein wesentlicher Punkt ist auch hier der Sozialraumbezug. Integrationspolitik sollte Unterstützung und Anstoß für lokale Netzwerke bieten und Migrantinnen und Migranten mit in die Stadtteilentwicklung einbeziehen.

### **Die verstärkte Einbeziehung der älteren Bevölkerung in Stadtentwicklungsfragen**

Die Einbindung der älteren Bevölkerung in eine auf den Stadtteil, das Quartier, die Gemeinde oder das Dorf bezogene Entwicklungsstrategie zur Verbesserung der Lebensqualität ist vor dem Hintergrund des demografischen Wandels notwendig. Wie sichern wir die Mobilität? Wie sichern wir die nahräumliche Versorgung mit dem alltäglichen Bedarf? Wie organisieren wir ambulante Hilfen für diejenigen, die es allein nicht mehr schaffen? Wir brauchen eine Verbesserung des Wohnumfeldes und die Initiierung neuer Wohnformen im Alter genauso wie die Organisation von Diensten für das Quartier bis hin zu nachbarschaftlichen Hilfen.

Auch in der Seniorenpolitik ist die sozialräumliche Vernetzung der Dienstleistungsangebote der vielen Akteure, von den Kirchen, den Wohlfahrtsverbänden, den Pflegediensten, privaten Trägern, Organisationen der Altenhilfe und kommunalen Angeboten wesentliche kommunale Aufgabe. Die Einrichtung von Seniorenbüros, -agenturen oder anderen Initiativen dient der Vernetzung, der Information, der Kontaktvermittlung und Beratung. Hinsichtlich der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements sprechen wir von der Einrichtung von Freiwilligenbörsen oder -agenturen. Parallel dazu entstehen Eltern-Kind-Zentren und Mehrgenerationenhäuser, bestehen Jugend- und Seniorenfreizeitstätten, kulturelle Treffpunkte, Initiativen und Sportvereine. Ziel ist die Ermunterung der vielen aktiven Älteren, in diesen Netzwerken der sozialen Infrastruktur mitzuwirken. In vielen Städten und Gemeinden gibt es bereits derartige Ansätze. Für viele kleinere Gemeinden kann es sinnvoll sein, gemeinsam mit den Nachbargemeinden Seniorenbüros oder ähnliche Initiativen aufzubauen und zu entwickeln.

### **Soziale Stadt – Lokale Wirtschaft fördern!**

Der Sozialraumbezug richtet sich auch auf die Potenziale der örtlichen Wirtschaft und der Qualifikation der Bevölkerung in den Stadtteilen. Die Entwicklung der Stadtteile ist auch in einem hohen Maße durch die lokale Wirtschaft bestimmt. Zur aktiven Wirtschaftsförderung zählt deshalb auch eine aufsuchende Beratung und Betreuung von Klein- und Kleinstunternehmen mit dem Ziel der Ermöglichung sicherer Beschäftigungsverhältnisse und das Ausschöpfen der Potenziale der lokalen und ethnischen Ökonomien. Zudem sollte die Gründung von neuen Unternehmen unterstützt werden. Zugleich gilt es, die Beschäftigungsfähigkeit der Menschen für diese Betriebe zu verbessern. Hierfür bedarf es der Vernetzung zwischen Weiterbildungseinrichtungen, den Betrieben und der Arbeitsförderung. Insbesondere auch die im SGB II angelegte Qualifizierung und Wiederbeschäftigung von Langzeitarbeitslosen muss stärker darauf orientiert werden. Lokale Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarktpolitik sind im sozialräumlichen Netzwerk wichtige Akteure.

### **Soziale Stadt – Sichere Stadt**

Auch im Bereich der Sicherheit und Ordnung muss der integrierte Ansatz einer sozialraumbezogenen Stadtentwicklungspolitik umgesetzt werden. Wir brauchen lokale Managementsysteme für Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit im öffentlichen Raum. Dazu müssen die verschiedenen beteiligten Ordnungsakteure, von der Polizei, Ordnungsdiensten, Hauseigentümer, Wohnungsbaugesellschaften, Gewerbetreibende, Stadtreinigung, Verkehrsbetriebe mit Bewohnerinnen und Bewohnern zusammenarbeiten.

Gleiches gilt für die Frage der Kriminal- und Gewaltprävention. Ein entscheidender Erfolgsfaktor für die kommunale Kriminalprävention ist auch hier die Vernetzung und Zusammenarbeit der betroffenen kommunalen Einrichtungen, vom Jugendamt, dem Sozialamt bis zum Ordnungsamt, den Schulen, Kirchen, Vereinen, der lokalen Wirtschaft und nicht zuletzt der Polizei.

### **Soziale Stadt stärken!**

Wie die Aussagen zu den verschiedenen Politikbereichen deutlich machen, bedürfen die Lösungsansätze regelmäßig einer Vernetzung und Bündelung der Aktivitäten in den Sozialräumen. Soziale Stadt ist eine vernetzte und lebendige Zivilgesellschaft! Damit diese sich durchsetzen kann, sind insbesondere auch die Länder gefordert, eine ressortübergreifende integrative Stadtentwicklungspolitik zu unterstützen.

Es bestehen verschiedene Ansätze, wie diese Politik umgesetzt werden kann. Aus den Erfahrungen des Programms „Soziale Stadt“ lernend, gibt es das Bestreben, auch in Stadtteilen, die (noch) nicht zu den Stadtteilen mit besonderem Handlungsbedarf rechnen, Quartiersmanager einzusetzen, um die beschriebenen Vernetzungsprozesse zwischen den verschiedenen Akteuren zu initiieren und systematisch sozialraumbezogene Diskussionsprozesse mit den Bewohnerinnen und Bewohnern in Gang zu setzen. Ziel sozialdemokratischer Politik muss es sein, in einem integrierten Handlungsansatz die Raumorientierung bei den Fachverwaltungen einzuführen und eine neue Mitwirkungs-, Verantwortungs- und Steuerungskultur aufzubauen, die den komplexen Lebenslagen in den sich zunehmend differenziert entwickelnden Städten und Gemeinden gerecht wird.

### **Soziale Stadt ist eine vernetzte und lebendige Zivilgesellschaft**

Schule	Kindertagesstätte	Sportvereine	Musikschule	Volkshochschule
Berufsschulen	Arbeitsagenturen/Jobcenter		Kammern	Wirtschaftsförderung
Betriebe	Jugendämter	Bürgerinnen und Bürger		Seniorenbüros
Pflegestützpunkte	Freiwilligenagentur	Mehrgenerationenhaus	Kulturzentrum	
Kulturvereine	Wohlfahrtsverbände	Kirchen	Polizei	Ordnungspartnerschaften